



Die Stadtverordnetenversammlung  
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,  
Digitalis., Gesundheit -

## **Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 9. Dezember 2025**

Vorlagen-Nr. 25-F-63-0056

**Maßnahmen zur Verbesserung der wohnortnahen medizinischen Versorgung in den Ortsteilen in Zusammenarbeit mit der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen (KVH)**

**- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Volt vom 26.08.2025 -  
- Beschluss Nr. 87 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 02.09.2025 -**

Wiesbaden verfügt über einen insgesamt guten Versorgungsgrad mit niedergelassenen Ärztinnen und Ärzten. Allerdings ist die örtliche Verteilung eine strukturelle Herausforderung: Der weit überwiegende Teil aller Praxen ist in der Wiesbadener Innenstadt ansässig, was zu einer unzureichenden medizinischen Versorgung in den Ortsteilen beiträgt.

Das Gesundheitsdezernat hat dieses Thema gegenüber der KVH adressiert und Zusage zur Unterstützung erhalten. Die KVH ist bereit, an einer besseren räumlichen Verteilung der Sitze mitzuwirken und sich dafür einzusetzen, dass Ärztinnen und Ärzte in die Ortsteile gehen. Voraussetzung dafür ist, dass die LHW in einem breiten politischen Konsens diesen Kurs unterstützt und, wo nötig, attraktive Rahmenbedingungen dafür schafft.

Wir sind überzeugt, dass diese Maßnahmen dazu beitragen werden, die medizinische Versorgung in den Ortsteilen nachhaltig zu verbessern und die Lebensqualität der dort lebenden Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung, Gesundheit wolle beschließen:

- 1) Eine Vertretung der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen soll in den WBDG eingeladen werden, um über die Versorgungssituation und Handlungsmöglichkeiten für eine bessere Verteilung der niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte auf die Wiesbadener Ortsteile zu berichten.
- 2) Bei diesem Gespräch soll geklärt werden, welche Maßnahmen seitens des Magistrats möglich wären, um attraktive Rahmenbedingungen für Arztpraxen in den unterversorgten Ortsteilen zu schaffen.

Das kann u.a. folgende Ansätze umfassen:

- a. Bei stadtplanerischen Entscheidungen die Bereitstellung von geeigneten Räumlichkeiten für Arztpraxen in den Ortsteilen und deren gute Erreichbarkeit mitzudenken und vorzusehen.
- b. Unterstützung für bestehende Arztpraxen bei Anpassungen oder Umzug in unterdurchschnittlich gut versorgte Ortsteile.
- c. Unterstützung bei der Raumgewinnung.
- d. Begleitung der Ansiedlung mit Informationskampagnen, um die Bürgerinnen und Bürger über die neuen medizinischen Angebote in den Ortsteilen zu informieren sowie durch Zusammenarbeit mit lokalen Medien und sozialen Einrichtungen, die neuen Praxisstandorte bekannt zu machen.

**Beschluss Nr. 87 des Ausschusses für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit vom 02.09.2025**

1. Die mündlichen Ausführungen von Frau Stadträtin Löbcke werden zur Kenntnis genommen.
  2. Die Vertretung der kassenärztlichen Vereinigung Hessen soll möglichst zur nächsten Sitzung am 11.11.2025 eingeladen werden.
  3. Der Antrag wird angenommen.
- 

**Beschluss Nr. 0122**

- I. Die mündlichen Ausführungen von Herrn Lotz (Kassenärztliche Vereinigung Hessen) sowie von Frau Dr. Springborn (Verein Curandum) und Frau Stadträtin Löbcke werden zur Kenntnis genommen.
- II. Ziffer 1 des Antrags ist durch Aussprache erledigt.
- III. Der Magistrat wird gebeten,
  1. geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um attraktive Rahmenbedingungen für Arztpraxen in den unterversorgten Ortsteilen zu schaffen.

Diese sollen u.a. folgende Ansätze umfassen:

- a. Bei stadtplanerischen Entscheidungen die Bereitstellung von geeigneten Räumlichkeiten für Arztpraxen in den Ortsteilen und deren gute Erreichbarkeit mitzudenken und vorzusehen.
  - b. Unterstützung für bestehende Arztpraxen bei Anpassungen oder Umzug in unterdurchschnittlich gut versorgte Ortsteile.
  - c. Unterstützung bei der Raumgewinnung.
  - d. Begleitung der Ansiedlung mit Informationskampagnen, um die Bürgerinnen und Bürger über die neuen medizinischen Angebote in den Ortsteilen zu informieren sowie durch Zusammenarbeit mit lokalen Medien und sozialen Einrichtungen, die neuen Praxisstandorte bekannt zu machen.
2. über die Gesundheitskonferenz Wiesbaden zu beantragen, dass das Versorgungsgebiet Wiesbaden kleinteiliger definiert wird.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2025

Susanne Hoffmann-Fessner  
Vorsitzende

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .12.2025

Dem Magistrat  
mit der Bitte um Kenntnisnahme  
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr  
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat  
- 16 -

Wiesbaden, .12.2025

Dezernat IV  
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gert-Uwe Mende  
Oberbürgermeister